

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffen Kotré, Leif-Erik Holm, Tino Chrupalla, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/18170 –

Geplante Maßnahmen zu den extraterritorialen Sanktionen der USA gegen Nord Stream 2

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit den am 20. Dezember 2019 verabschiedeten extraterritorialen Sanktionen gegen am Bau der Nord Stream 2-Pipeline beteiligte Akteure missachten die USA nach Ansicht der Fragesteller die deutsche Souveränität und mischen sich massiv in innere Angelegenheiten ein, indem sie ein bilaterales, privatwirtschaftliches Projekt verhindern. Die extraterritorialen Sanktionen der USA richten sich gegen die am Bau beteiligten Unternehmen (<https://www.tagesschau.de/ausland/nordstream-2-usa-sanktionen-101.html>). Das ist nach Ansicht der Fragesteller eine massive Einschränkung des freien Wettbewerbs sowie ein wirtschaftlicher Angriff auf die europäische Energieversorgung.

Die USA wollen nach Ansicht der Fragesteller die friedliche Zusammenarbeit Europas mit Russland verhindern. Das ist in Übereinstimmung mit einer langfristigen Strategie, wie sie z. B. in der RAND-Studie „Extending Russia. Competing from Advantageous Ground“ (2019) dargestellt wird (https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR3000/RR3063/RAND_RR3063.pdf, S. 59). Diese Strategie hat jüngst der Botschafter der USA in Deutschland wiederholt und unterstrichen (<https://www.bild.de/politik/international/bild-international/interview-with-the-us-ambassador-nord-stream-2-sanctions-a-pro-european-decision-66865118.bild.html>).

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier hatte im Februar 2019 auf Druck der USA angekündigt, die Erdgasimporte aus den USA deutlich steigern zu wollen und dafür auch LNG-Terminals (LNG = liquefied natural gas, englisch für Flüssigerdgas) in Deutschland zu bauen (<https://www.dw.com/de/streit-um-amerikanisches-fracking-gas/a-47483363>). Bereits im März 2019 war ein Anstieg der europäischen Gasimporte aus den USA um 272 Prozent zu verzeichnen und hatte mit über 1,4 Milliarden Kubikmetern sein bisher höchstes Volumen (https://ec.europa.eu/germany/news/20190502-fluessigerdgasimporte_de). Dies, obwohl LNG-Gas etwa 30 Prozent teurer ist als russisches Leitungsgas (https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR3000/RR3063/RAND_RR3063.pdf, S. 61, 62).

Die USA streben offenbar eine Einschränkung russischer Lieferungen nach Europa mit gleichzeitig steigendem Verkauf ihres eigenen Flüssiggases an (https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR3000/RR3063/RAND_RR3063.pdf, S. 64; <https://www.cnbc.com/2018/07/25/europe-will-import-more-us-natural-gas-trump-and-juncker-say.html>; https://www.deutschlandfunk.de/nord-stream-2-beyer-cdu-ich-sehe-das-projekt-zunehmend.694.de.html?dram:article_id=466548).

Nach Ansicht der Fragesteller werden Deutschland und Europa durch paternalistische, geradezu wirtschaftsimperialistische Sanktionsmaßnahmen daran gehindert, ihre Energieinteressen selbstbestimmt zu regeln. Die Bundesrepublik Deutschland und die USA pflegen seit Jahrzehnten eine strategisch wichtige Partnerschaft. Die transatlantischen Beziehungen sind jedoch nicht mehr wie in der Epoche des Kalten Krieges durch die USA als Schutzmacht, sondern durch ein souveränes Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Union (EU) und gleichberechtigter NATO-Partner geprägt. Extraterritoriale Sanktionen mit dem Ziel, eigene wirtschaftliche und geopolitische Interessen seinen Partnern aufzuzwingen und deren Wahlfreiheit zu blockieren, sind nach Ansicht der Fragesteller inakzeptabel und bedürfen einer angemessenen Reaktion. Nach Ansicht der Fragesteller haben sich die USA bisher von den Gesprächen mit der Bundesregierung unbeeindruckt gezeigt und massiven Schaden im transatlantischen Verhältnis billigend in Kauf genommen. Die Bundesregierung hat nach Verabschiedung der extraterritorialen Sanktionen lediglich betont, auf jene schwerwiegenden Angriffe auf und Eingriffe in die deutsche Souveränität und auf bzw. in deutsche Wirtschafts- und Energieinteressen nicht mit Maßnahmen zu reagieren und stattdessen das Gespräch mit Washington zu suchen (<https://www.tagesschau.de/ausland/trump-nord-stream-2-sanktionen-103.html>). Diese Strategie hat bisher nicht zu einer positiven Entwicklung im deutschen und europäischen Interesse bezüglich Nord Stream 2 geführt und sich als wirkungslos erwiesen. Als souveräner Staat darf die Bundesrepublik Deutschland nach Ansicht der Fragesteller ein solches Verhalten nicht hinnehmen – auch nicht von langjährigen Partnern und Freunden. Um selbstbewusst und entschieden jenen Angriffen auf deutsche und europäische Interessen entgegenzutreten, bedarf es nach Ansicht der Fragesteller angemessener Gegenmaßnahmen.

1. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Unterstützung Russlands bei der Fertigstellung von Nord Stream 2?
 - a) Wenn ja, in welcher Weise?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 1 bis 1b werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung steht dem Projekt Nord Stream 2 weiterhin positiv gegenüber. Nach Auffassung der Bundesregierung ist Nord Stream 2 in erster Linie ein wirtschaftliches Projekt der daran beteiligten Unternehmen.

2. Welche Kosten entstehen den deutschen und europäischen Gaskunden nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Verzögerung von Nord Stream 2 aufgrund der Sanktionen der USA?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Kenntnisse vor. Der Gaspreis wird von mehreren Faktoren bestimmt, von denen der Transportweg ein wichtiger, aber nicht der allein entscheidende ist.

3. Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, die Kosten der Sanktionen (Kapitalkosten für den Zeitraum der Verzögerung, höhere Baukosten, alternative Gasbelieferung zu höheren Preisen u. a.) den USA in Rechnung zu stellen?

Nein, derartige Überlegungen gibt es in der Bundesregierung nicht.

4. Stimmt die Bundesregierung den Aussagen von US-Abgeordneten zu, die deutsche Politik hinsichtlich Nord Stream 2 bedrohe die NATO (https://www.focus.de/politik/ausland/international-us-senator-berlins-ru-ssland-und-china-politik-bedroht-nato_id_11514622.html)?

Wenn ja, wie begründet sie es?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, dass die deutsche Politik hinsichtlich Nord Stream 2 die Nato bedrohe, nicht.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass im Vorgehen der USA ein Anwachsen der Aggressivität gegenüber der Souveränität der europäischen Völker zu sehen ist, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Sie kommt in einer differenzierten Abwägung zu einer anderen Bewertung, unter anderem bleiben die USA der wichtigste sicherheitspolitische Partner außerhalb Europas.

6. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass im Vorgehen der USA eine Eskalationsstufe in einem Wirtschaftskrieg der USA gegen Europa zu sehen ist, und wenn nein, warum nicht?

Nicht zuletzt aufgrund des nach wie vor sehr hohen Niveaus des transatlantischen Handels und der gegenseitigen Investitionen kann nach Auffassung der Bundesregierung nicht von einem Wirtschaftskrieg zwischen den USA und der Europäischen Union gesprochen werden.

7. Was bedeutet die Aussage der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, nicht die Absicht zu haben, in der Angelegenheit Nord Stream 2 zurückzuweichen (Plenarprotokoll 19/136)?

Welche Überlegungen hat die Bundesregierung?

Der Bundesregierung ist derzeit nicht bekannt, wie das Projekt technisch realisiert wird, sie geht aber davon aus, dass das Projekt Nord Stream 2 fertiggestellt wird. Die Bundesregierung wird die am Projekt beteiligten Unternehmen politisch weiterhin unterstützen.

8. Gibt es Überlegungen zu Gegenmaßnahmen der Sanktionen zum Schutz der deutschen Souveränität, wie z. B. zu einem Einfuhrstopp des teureren (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) und durch mithilfe von Fracking produzierten, also umweltschädlicheren US-Flüssiggases, Einreiseverbote für die politischen Akteure der Sanktionen oder andere?
- Wenn ja, welche Maßnahmen sind dies?
 - Wenn nein, mit welcher Begründung, vor allem vor dem Hintergrund, dass nach Ansicht der Fragesteller allein Gespräche nichts nutzen?
 - Wird die Bundesregierung diplomatische Sanktionen ergreifen, wie etwa die Einbestellung des Botschafters der USA?
 - Wird die Bundesregierung im Gegenzug zu den angedrohten Einreiseverboten gegen Mitarbeiter der am Bau beteiligten Firmen (<https://www.tagesschau.de/ausland/nordstream-2-usa-sanktionen-101.html>) ebenfalls Einreiseverbote gegen die politisch Verantwortlichen für die Sanktionen gegen Nord Stream 2 in Erwägung ziehen?

Wenn nein, mit welcher Begründung?

Die Fragen 8 bis 8d werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung plant keine Gegenmaßnahmen und wird keine diplomatischen Sanktionen ergreifen oder Einreiseverbote gegen die politisch Verantwortlichen für die Sanktionen gegen Nord Stream 2 in Erwägung ziehen. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass solche Maßnahmen nicht hilfreich sind. Darüber hinaus verweist die Bundesregierung darauf, dass Gegenmaßnahmen zu Sanktionen grundsätzlich nur in Abstimmung mit der Europäischen Union erfolgen können.

9. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Haltung der EU zu den Sanktionen?

Nach Kenntnis der Bundesregierung lehnt die Europäische Union bzw. die Europäische Kommission extraterritoriale Sanktionen ebenfalls ab.

10. Wird die Bundesregierung um die Unterstützung der EU-Kommission ersuchen und sich um ihre Unterstützung bemühen, sodass die EU-Kommission sich eindeutig hinter die Maßnahmen zur Wahrung der Souveränität von EU-Mitgliedern stellt?

Die Bundesregierung hat das Thema Sanktionsresilienz, das Maßnahmen im ökonomischen Bereich und zur Verbesserung der Kohärenz der EU-Sanktionspolitik umfasst, bereits mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Auswärtigen Dienst und europäischen Partnern aufgenommen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich zudem bereits öffentlich klar gegen Sekundärsanktionen ausgesprochen.

11. Sieht die Bundesregierung durch den nach Ansicht der Fragesteller mangelhaften Schutz des Nord Stream 2-Projekts von Seiten der Politik vor extraterritorialen Sanktionen die Glaubwürdigkeit Deutschlands bei Investoren und internationalen Partnern gefährdet, und wenn nein, warum nicht?

Exterritoriale Sekundärsanktionen werden von der Bundesregierung (wie auch von der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten der Europäischen Union) aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt. Die Bundesregierung sieht aufgrund der bekannten Haltung gegenüber extraterritorialen Sanktionen die Glaubwürdigkeit Deutschlands nicht gefährdet.

12. Wie bewertet die Bundesregierung die Sanktionen im Rahmen der bestehenden völkerrechtlichen Vereinbarungen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 11 verwiesen.

13. Sieht die Bundesregierung durch den durch die nach Ansicht der Fragesteller illegalen, exterritorialen Sanktionen erzwungenen Stopp des Nord Stream 2-Projekts die Energieversorgung Deutschlands eingeschränkt, und wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung sieht durch eine verzögerte Fertigstellung der Pipeline die Energieversorgung Deutschlands nicht gefährdet. Die Infrastruktur zur Gasversorgung Deutschlands ist ausreichend diversifiziert, um die Energieversorgung auch während des Baustopps zu sichern.

